



**SPD**

**Fraktion der  
Sozialdemokratischen  
Partei Deutschlands im  
Rat der Stadt  
Braunschweig**

**Antrag**

Öffentlich

Datum

05. Jun. 2012

Nummer

2167/12

Absender

SPD - Fraktion  
Platz der Deutschen Einheit 1  
38100 Braunschweig

Adressat

Oberbürgermeister Dr. Hoffmann  
Platz der Deutschen Einheit 1  
38100 Braunschweig

Gremium

Rat

Sitzungstermin

19.06.2012

Betreff

Verbesserung der Bildungsangebote statt Betreuungsgeld

Der Rat der Stadt Braunschweig möge Folgendes beschließen:

„Der Rat der Stadt Braunschweig fordert die Bundesregierung auf, die rückwärtsgewandte und mehrheitlich abgelehnte Politik endlich aufzugeben und die 2 Milliarden Euro nicht für das Betreuungsgeld vorzusehen, sondern vielmehr den Kindern durch gute Bildungsangebote zukommen zu lassen. Es gilt, für die Familien gute Rahmenbedingungen zur Frühförderung zu schaffen. Das rückständige Familien- und Frauenbild der Bundesregierung darf durch diese "Fernhalteprämie" nicht weiter zementiert werden.“

**Begründung:**

Kleine Kinder brauchen eine gute und verlässliche Bindung zu den Eltern. Das gibt ihnen Sicherheit und Vertrauen. Elternverantwortung und Kinderbetreuung in einer Kindertagesstätte (Kita) schließen sich nicht aus - beides gehört zusammen. Kitas sind keine "Aufbewahrungsstätte": Kitas sind die ersten Bildungsstätten, wo Kinder spielerisch an das Lernen herangeführt werden und den sozialen Umgang miteinander lernen.

Wissenschaftliche Studien belegen: Durch den frühen Besuch einer Kita steigen die Bildungschancen der Kinder: Sprachentwicklung, soziales Miteinander und Lernvermögen wird gestärkt.

Die von der jetzigen Bundesregierung geplante Einführung eines Betreuungsgeldes trägt nicht dazu bei, Kinder in der Gemeinschaft zu fördern. Das Betreuungsgeld wird dafür ausgegeben, Kinder von der Bildungsstätte fern zu halten. Diese Kinder werden von der frühkindlichen Bildung ausgeschlossen. Eltern sollen dafür bezahlt werden, dass sie ihre Kinder nicht in die Kita schicken.

Die Mittel, die für das Betreuungsgeld ausgegeben würden, fehlen für den dringend benötigten Ausbau der Kita - Plätze. Die 2 Milliarden Euro, die das Betreuungsgeld kosten wird, müssen in den Ausbau der Betreuungsstätten investiert werden. Mit dieser Summe können zusätzlich 166.000 zusätzliche Kita-Plätze geschaffen werden.

Gez. Manfred Pesditschek  
Fraktionsvorsitzender